Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/256
21.09.2006

Ausschuss für Frauenpolitik

14. Sitzung (öffentlich)

21. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss auf die Bitte der SPD-Fraktion hin, die Anträge unter Punkt 6 „Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten“ und „Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen“ von der Tagesordnung abzusetzen. 1

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/621 (Erläuterungsband zu Einzelplan 15)
Vorlage 14/640 (Erläuterungen zur Beilage 2 zu Einzelplan 15)

a) Einzelplan 15: Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

b) Beilage 2 zu Einzelplan 15: Geplante Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen sollen

- Einführungsbericht der Landesregierung

Seite

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Laschet entgegen und beginnt mit der Aussprache.

2 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/198

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/252

In Verbindung damit:

Wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratungen ergreifen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1985 - Neudruck

Sowie:

Zwischenbericht zum Handlungskonzept der Landesregierung zur Bekämpfung von Zwangsheirat

Vorlage 14/583

- Bericht des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion und bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Seite

3 Nordrhein-westfälische Interessen aktiv wahrnehmen: den Lissabon-Prozess der Europäischen Union bürgernah gestalten 20

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1659

- Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Hauptausschuss, den Antrag anzunehmen.

4 Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) 22

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2063

Ausschussprotokoll 14/239

- Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

5 Das NRW Ziel-2-Programm 2007-2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten 23

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108

- Bericht der Landesregierung
- Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Seite

6 Verschiedenes 28

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, sich an der Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen. Die Frage zur Geschäftsordnung der Abgeordneten Barbara Steffens (GRÜNE), ob ein Antrag auf Durchführung einer Pflichtsitzung durch die Ausschussmehrheit abgelehnt werden kann, soll bis zur Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz am 18. Oktober 2006 geklärt sein.

*****

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet **Gerda Kieninger (SPD)** darum, die beiden Anträge unter Tagesordnungspunkt 6 erst in der nächsten Ausschusssitzung zu beraten. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Vorsitzende Elke Rühl weist darauf hin, dass sich die Obleute darauf verständigt hätten, zukünftig die Ausschusssitzungen um 13 Uhr zu beenden, da ansonsten der nachfolgende Ausschuss nicht pünktlich um 13:30 Uhr mit seiner Sitzung beginnen könne. Die Tagesordnungspunkte, die bis 13 Uhr nicht behandelt werden könnten, würden automatisch auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gesetzt.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/621 (Erläuterungsband zu Einzelplan 15)
Vorlage 14/640 (Erläuterungen zur Beilage 2 zu Einzelplan 15)

a) Einzelplan 15: Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

b) Beilage 2 zu Einzelplan 15: Geplante Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen sollen

- Einführungsbericht der Landesregierung

Vorsitzende Elke Rühl teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nach der ersten Lesung am 30. August 2006 an die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen worden. Das Ausschusssekretariat habe eine Übersicht der Erläuterungen zur Beilage 2 zum Einzelplan 15 mit den geplanten Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen sollten, zusammengestellt, die als Vorlage 14/640 den Ausschussmitgliedern zugeleitet worden sei. Heute sei der Einführungsbericht der Landesregierung zum Haushaltsplanentwurf vorgesehen.

Minister Armin Laschet (MGFFI) trägt vor:

> Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist angetreten mit dem Ziel, Nordrhein-Westfalen zu einem Land neuer Chancen zu machen. Voraussetzung dafür ist, dass wir die Landesfinanzen wieder in Ordnung bringen. Deshalb müssen wir mit unserem Konsolidierungskurs fortfahren. Das ist, wie der Finanzminister in seiner Einführungsrede im Plenum betont hat, „mittel- bis langfristig allemal gerechter, als wenn das Unzumutbare tatsächlich Wirklichkeit würde“.

Unzumutbar wäre es nämlich, wenn die nachfolgenden Generationen keinen finanziellen Spielraum und damit keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr hätten. Deshalb müssen wir den Landeshaushalt konsolidieren.

Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 ist die Landesregierung diesem Ziel einen erheblichen Schritt näher gekommen. Die Nettoneuverschuldung wird von 5,59 Milliarden € auf 4,35 Milliarden € sinken.

Doch trotz aller Einschnitte geht es wie bereits 2006 auch beim Haushaltsentwurf für das kommende Jahr wieder fair und gerecht zu.

Insgesamt beträgt das Haushaltsvolumen im Einzelplan des MGFFI 1.285,4 Millionen €. Die Differenz zum Vorjahr in Höhe von rund 7 Millionen € ergibt sich durch bedarfsgerechte Anpassungen im gesetzlichen Bereich - Rückgang der Zahlen bei Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern, gesunkene Ausgaben für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, geringerer Bedarf an Kostenerstattung für Schwangerschaftsabbrüche -.

Die genauen Einzelheiten können Sie dem Erläuterungsband entnehmen. Für das Politikfeld „Gleichstellung von Frau und Mann“ sind mit 14,8 Millionen € Ausgaben in derselben Höhe wie 2006 geplant.

Vor welchen Aufgaben stehen wir derzeit im Bereich der Frauenpolitik?

- Es geht darum, die Chancen für Frauen in allen Lebensbereichen weiter zu verbessern und gleichzeitig die Talente einer hervorragend qualifizierten Frauengeneration für die Gesellschaft zu nutzen. Dafür kann und muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen, zum Beispiel durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir brauchen die Innovationskraft und das Erfahrungswissen von Frauen für eine Gesellschaft der Zukunft - eine Gesellschaft, die einen grundlegenden demografischen Wandel erlebt und in der zugleich Wissen der wichtigste Rohstoff wird.
- Zur Chancenverbesserung für Frauen gehört es auch, noch bestehende Benachteiligungen abzubauen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.

Im Bereich der Frauenpolitik wollen wir Kontinuität wahren. Die Titel wurden komplett überrollt und bleiben in der Höhe konstant.

Darüber hinaus haben wir eine grundsätzliche Neuorientierung in Fragen der beruflichen Gleichstellung und der Potenzialentwicklung vorgenommen - Titelgruppe 62 -. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht Frauenpolitik im Kontext neuer gesellschaftlicher Herausforderungen. Das sind vor allem die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern und der demografische Wandel.

Zu Gewalt gegen Frauen - Infrastruktur; Titelgruppe 61 -:

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat für die Landesregierung nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Wir stehen zur Infrastruktur im Gewaltbereich. Wir wissen, wie wichtig die Arbeit ist, die die Einrichtungen hier leisten.

Im vergangenen Jahr mussten wir in diesem Bereich schmerzhafte Einschnitte vornehmen. Sie sind uns nicht leicht gefallen. Aber erwartungsgemäß haben die Einsparungen nicht zur Schließung von Einrichtungen geführt. Nordrhein-Westfalen verfügt nach wie vor über ein bundesweit vorbildliches Frauenhilfenetz.

Der Haushaltsentwurf 2007 sieht fast 11,7 Millionen € für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen vor.

Auf dem Niveau des Vorjahres werden weiter gefördert:

- die 62 Frauenhäuser,
- die 55 allgemeinen Frauenberatungsstellen,
- die 48 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt
- und die acht Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel.

Auch die Mittel für die sichere Unterbringung der Opfer von Menschenhandel bleiben ungekürzt.

Zu Gewalt gegen Frauen - Bekämpfung von Zwangsheirat:

Neben der finanziellen Unterstützung der Frauenhilfestruktur ist die Politik aber auch gefordert, die Konzeption zur Bekämpfung von Gewalt weiterzuentwickeln.

So beschäftigen sich Landtag und Landesregierung derzeit intensiv mit dem Thema Zwangsheirat. Die Landesregierung und alle Fraktionen sind sich einig, dass gegen diese Menschenrechtsverletzung etwas unternommen werden muss.

Zu Gewalt gegen Frauen - Onlineberatung gegen Zwangsheirat:

Eine konkrete Maßnahme, die jetzt vorbereitet wird, möchte ich an dieser Stelle hervorheben: Im nächsten Jahr soll eine Onlineberatung für Mädchen und Frauen starten, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind. Damit werden wir eine leicht zugängliche Beratung anbieten, die anonym und unabhängig von Ort und Zeit zur Verfügung steht. Das ist deshalb besonders wichtig, weil die Opfer oft Angst haben, dass ihre Familien von ihrer Suche nach Hilfe erfahren könnten.

Das Mädchenhaus Bielefeld - seit Jahren in der Onlineberatung tätig und über zehn Jahre vom Land als Zufluchtsstätte für gewaltbetroffene Mädchen gefördert - wird das Projekt durchführen.

Zu berufliche Gleichstellung, Potenzialentwicklung - Titelgruppe 62 -:

Die Frauen- und Gleichstellungspolitik der Landesregierung dient dem Ziel, die Chancen von Frauen in unserer Gesellschaft zu verbessern. Das gilt für die Bekämpfung von Gewalt ebenso wie für die Verbesserung der beruflichen Chancen.

Noch hat Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich die zweitniedrigste Frauenerwerbsquote. Hier wollen und müssen wir aufholen. Damit uns das gelingt, wird die Landesregierung ihre Politik in diesem Bereich neu ausrichten.

Im Einzelplan 15 sind dafür 2,25 Millionen € vorgesehen. Hinzu kommen Mittel aus der auslaufenden Förderphase des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Ziel-2-Gebiet, die im Wirtschaftsministerium etatisiert sind.

Bereits in der vorigen Ausschusssitzung ist deutlich geworden: Um Potenziale von Frauen besser zu nutzen, sind Lösungen gefordert, die nicht vom Frauenministerium allein erreicht werden können.

Wir sind deshalb dabei,

- die Verantwortlichkeit für Frauen in Ausbildung und Beruf innerhalb der Landesregierung breiter zu verankern
- und die Förderung von Frauen im Beruf stärker mit den zentralen Themen Integration und demografischer Wandel zu verzahnen.

Zu berufliche Gleichstellung - Frauen in Führungspositionen:

In Führungspositionen sind Frauen immer noch erheblich unterrepräsentiert. Das ist fatal, auch weil wir es uns im Hinblick auf den demografischen Wandel nicht leisten können, auf die Kompetenzen der Frauen zu verzichten. Denn für die nächsten zehn Jahre wird ein Fach- und Führungskräftemangel prognostiziert, der sich bereits jetzt ankündigt.

Damit sich hier etwas verbessert, sind beide Seiten gefragt - die Frauen und die Unternehmen:

- Frauen sollten ihre Leistungsmöglichkeiten in der Führung selbstbewusster anmelden und ihre Ansprüche in den Unternehmen geltend machen.
- Unternehmen müssen sich stärker auf ihren weiblichen Führungsnachwuchs einstellen, um das im Unternehmen vorhandene Potenzial auszuschöpfen. Die traditionellen Auswahlverfahren, das Anforderungsprofil für Führungspositionen und die Rollenerwartungen an Führungskräfte müssen dringend überprüft werden.

Die Landesregierung wird weibliche Nachwuchsführungskräfte auch künftig in ihrer Karriere unterstützen. Dazu wird das Mentoring-Projekt „Personal Partnership“ weitergeführt.

Mit über 180 Tandems ist es eines der erfolgreichsten und bekanntesten unternehmensübergreifenden Mentoring-Programme für den weiblichen Führungsnachwuchs bundesweit. Die hohe Resonanz auf das Programm hat ihren guten Grund, denn die Erfolge der Mentees haben sich herumgesprochen. So konnte mehr als ein Drittel der Teilnehmerinnen bereits vor Abschluss ihres Mentoring-Jahres einen Karriereschritt realisieren.

In Ergänzung zu „Personal Partnership“ haben wir speziell für kleine und mittlere Unternehmen in 2006 das Projekt „PePon - Personalpotenziale nutzen“ aufgelegt. Hier benennen die Firmen förderungswürdige Nachwuchskräfte. Sie stellen die Mentorinnen und - vielleicht das Wichtigste - beteiligen sich finanziell.

Zurzeit ist dieses Projekt auf die Region Ostwestfalen-Lippe begrenzt, eine spätere Erweiterung ist durchaus denkbar.

Zu berufliche Gleichstellung - Gründung durch Frauen:

Die Erhöhung des Anteils von Frauen an den Gründungen ist ein wichtiges Ziel der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik. Um das Wachstum unserer Volkswirtschaft anzukurbeln, sind wir auf Menschen angewiesen, die Schritte in die Selbstständigkeit wählen.

Zwar ist die absolute Zahl der wirtschaftlich selbstständigen Frauen in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen gestiegen. Aber ihr Anteil an allen Gründungen stagniert seit Jahren bei etwa 30 %.

Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wollen wir die Voraussetzungen für eine höhere Gründungsquote von Frauen schaffen. Die Einrichtung der Startercenter NRW durch das Wirtschaftsministerium spielt dabei eine große Rolle.

Welche Projekte außerdem geplant sind, habe ich Ihnen gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin bereits in der Ausschusssitzung am 17. August ausführlich vorgestellt. Ich werde deshalb jetzt nur kurz auf die neuen Vorhaben eingehen.

Das Projekt „Wir können mehr“ zielt darauf ab, das Gründungspotenzial von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sowohl quantitativ als auch qualitativ zu erweitern.

In Kooperation mit den verschiedenen Institutionen und bestehenden Netzwerken, zum Beispiel Unternehmerverbänden und Migrantinnenselbstorganisationen, wollen wir ein auf die spezifischen Bedarfe von Zuwanderinnen ausgerichtetes Maßnahmenpaket entwickeln und umsetzen, das für die Selbstständigkeit als Form der Erwerbstätigkeit wirbt und Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit bietet.

Mit der Konferenz „Gründen tut gut“ wollen wir die volkswirtschaftlichen Aspekte der Gründung durch Frauen in den Fokus rücken und zugleich deutlich machen, welche Konsequenzen sich daraus für die Gründungsberatung ergeben.

Die Beratungseinrichtungen sollen stärker für die spezifischen Anforderungen der Gründung durch Frauen und der Unternehmerinnen sensibilisiert werden.

Es ist geplant, die Veranstaltung in die Aktivitäten des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie einzubetten. Das MWME beabsichtigt, in der neuen Förderperiode des Ziel-2-Programms für den Zeitraum 2007 bis 2013 einen Wettbewerb auszuloben, bei dem die besten Vorhaben zur Unterstützung von Gründungen durch Frauen gefördert werden können.

Das Ihnen seit längerem bekannte Projekt Unternehmerinnenbrief wollen wir auch zukünftig weiterführen und landesweit ausdehnen.

Ziel des Projektes bleiben die Optimierung von Gründungs- und Wachstumsvorhaben, die Erleichterung des Zugangs zum Kapitalmarkt und die Stabilisierung der Vorhaben durch ehrenamtliche Paten. Dabei wollen wir das Know-how der bishe-

rigen Regionalstellen einfließen lassen und bereits bestehende Netzwerke einbinden.

Zu berufliche Gleichstellung - Zielgruppe Frauen mit Zuwanderungsgeschichte:

Frauen mit Zuwanderungsgeschichte werden künftig in der Frauenpolitik des Landes eine größere Rolle spielen als bisher.

Auffällig ist, dass bei Mädchen und jungen Frauen dieser Gruppe eine gute Qualifikation nicht automatisch zu besseren beruflichen Chancen führt. Das liegt auch daran, dass diese jungen Frauen in der Familie und im sozialen Umfeld, auf dem Ausbildungsmarkt und im Betrieb größere Vorbehalte und Hindernisse überwinden müssen als ihre deutschen Altersgenossinnen.

Um diese Barrieren abzubauen, werden wir jungen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte ein Mentoring in der Ausbildungsphase anbieten.

Im Rahmen eines Begleitprogramms sollen den Mentorinnen und Mentees Informationen und Qualifikationen vermittelt werden.

Als Kooperationspartner für dieses Projekt wollen wir die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) gewinnen.

Zu berufliche Gleichstellung - Wiedereinstieg:

Ob Frauen und Männer gleiche Karrierechancen haben, das hängt eng mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Nach wie vor sind es meistens die Mütter, die im Job kürzer treten. Als Frauen- und als Familienminister trete ich dafür ein, dass wir es Müttern und Vätern leichter machen, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Das muss uns gelingen,

- weil es eine Frage der Gerechtigkeit ist,
- weil wir die Kompetenzen der Frauen für die Gestaltung unserer Zukunft brauchen
- und weil Familie eine Sache von Müttern und Vätern ist.

Mein Ministerium hat die Weichen in diese Richtung gestellt mit den Familienzentren, mit dem Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige und mit unserem Beitrag zur Nachmittagsbetreuung für Schulkinder.

Für Frauen, die nach einer beruflichen Unterbrechung wieder in den Job einsteigen wollen, gibt es im Rahmen der mit dem ESF kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik des Landes bereits eine Reihe von Fördermaßnahmen, beispielsweise die Landesinitiative „Regionen stärken Frauen“.

Dieser Zielgruppe werden wir auch in der neuen ESF-Förderperiode besondere Aufmerksamkeit widmen.

Mein Haus wird dazu zusätzlich zwei neue Vorhaben auf den Weg bringen, die ich Ihnen ebenfalls bereits in der letzten Ausschusssitzung vorgestellt habe:

- erstens die Telefonhotline „W“ - Wiedereinstieg -
- und zweitens den landesweiten Wettbewerb „Come back!“ für vorbildliche Projekte zum Wiedereinstieg nach einer Familienphase.

Zu berufliche Gleichstellung - Frauen in Ingenieurwissenschaften und industrieller Forschung:

Zwei weitere neue Projekte meines Hauses haben zum Ziel, mehr Frauen in die Ingenieurwissenschaften zu bringen.

Der Frauenanteil in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen liegt bei unter 20 %. In der industriellen Forschung sind es sogar nur 12 %. Gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden wollen wir die Situation von Forscherinnen und Ingenieurinnen verbessern.

Im Projekt „FIF - Frauen in der industriellen Forschung“ steht die chemische Industrie im Vordergrund, eine der forschungsintensivsten Branchen in Nordrhein-Westfalen.

Mit dem Projekt „Technik ist auch weiblich“ soll der Zugang von Frauen zu Ingenieurberufen gefördert werden. Hier wird die Möglichkeit der Kofinanzierung durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung geprüft.

Die Landesregierung möchte neue Impulse setzen, um Mädchen stärker für technisch-naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern. Im Rahmen eines Wettbewerbs werden die Schulministerin und ich Schulen auffordern, Berufswahlkonzepte vorzustellen, mit denen Mädchen für Technik interessiert werden. Es geht uns darum, alltagstaugliche Konzepte und Praxisbeispiele bekannt zu machen und andere Schulen zur Nachahmung anzuregen. Der Wettbewerb soll 2007 und 2008 gemeinsam mit der Landesstiftung Partner für Schule durchgeführt werden.

Engagieren für die Förderung von Frauen wird sich darüber hinaus das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung.

Zur Gleichstellung in der Gesellschaft - Titelgruppe 63 -:

Ob Nordrhein-Westfalen in Sachen Chancengleichheit für Frauen in Beruf und Gesellschaft weiter vorankommt, das hängt nicht allein von der Politik ab. Es kommt auch auf das Engagement von Frauen in den Verbänden und Organisationen an. Deshalb unterstützt die Landesregierung die frauenpolitischen Akteurinnen auch in 2007 mit 902.000 €. So wollen wir den FrauenRat NW mit rund 50.000 € fördern.

Die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, in der die rund 370 kommunalen Gleichstellungsstellen vertreten sind, wird ebenfalls weiter gefördert. Hierfür sind knapp 120.000 € vorgesehen.

Im kommenden Jahr wird es turnusgemäß wieder landesweite Aktionswochen geben - in bewährter Weise als gemeinsame Veranstaltung mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und den kommunalen Spitzenverbänden. Die zehnte

Auflage dieser Reihe widmet sich dem demografischen Wandel und dabei speziell der Rolle der Frauen.

Ich werde die Aktionswochen am 5. März 2007 eröffnen. Das ist dann zugleich die zentrale Veranstaltung meines Hauses zum Internationalen Frauentag, zu der wir Sie noch gesondert einladen werden.

In Nordrhein-Westfalen leben über 900.000 Frauen und Mädchen mit Behinderungen oder schweren chronischen Erkrankungen.

Seit 1996 fördert das Frauenministerium das Netzwerkbüro in Münster als zentrale Anlaufstelle für Betroffene und Institutionen. Diese Förderung wird im Jahr 2007 in unveränderter Höhe fortgesetzt.

Mit weiteren 20.000 € werden wir den Sportkalender „Kalendrina“ unterstützen, der gemeinsam von Mädchen mit und ohne Behinderungen gestaltet wird.

Den Künstlerinnenpreis Nordrhein-Westfalen werden wir 2007 zum zwölften Mal in Kooperation mit dem Kulturressort vergeben, voraussichtlich in der Sparte Theater.

Außerdem wollen wir das Internationale Frauenfilmfestival unterstützen, das im nächsten Jahr in Dortmund stattfindet.

Mit rund 250.000 Zugriffen im Monat erfährt unser Internet-Portal frauennrw.de bei Bürgerinnen und frauenpolitisch Aktiven eine sehr gute Resonanz. Wir wollen deshalb die interaktiven Bausteine des Portals erweitern.

Schlussbemerkung: Der Haushaltsansatz im Politikfeld „Gleichstellung von Frau und Mann“ steht für den Grundsatz der Landesregierung, finanzpolitisch seriös zu arbeiten und dabei die soziale Balance zu halten.

Obwohl wir einen konsequenten Konsolidierungskurs fahren und deshalb die Ausgaben weiter begrenzen müssen, haben wir die Mittel für die Frauenpolitik nicht gekürzt. Dies ist ein gutes Signal für 2007.

Vorsitzende Elke Rühl teilt mit, am 2. November werde die Einzelberatung zu diesem Haushaltsplan stattfinden. Dazu würden alle beteiligten Ressorts eingeladen, damit alle Fragen beantwortet werden könnten. Die Sprecherinnen der jeweiligen Fraktionen hätten sich darauf verständigt, die Besprechung der Änderungsanträge zum Einzelplan 15 am Donnerstag, den 16. November, um 9 Uhr vor dem Plenum durchzuführen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) begrüßt, dass insbesondere bei der künftigen Förderung von Frauen im Beruf und von Frauen in Führungspositionen ein neuer Weg eingeschlagen werde, denn genau an dieser Schnittstelle bestünden noch Probleme. Zwar würden Frauen bessere Schul- beziehungsweise Studienabschlüsse erlangen, allerdings gebe es große Schwierigkeiten, im Beruf voranzukommen und Forschung auf den Gebieten zu betreiben, die man früher traditionellerweise den Männern zugerechnet habe. Dass die Förderung von Frauen nunmehr dort stattfinden solle, treffe die aktuelle Lebenssituation von Frauen und nehme auch Rücksicht darauf, dass diese Frauen in

der Wirtschaft und in der Wissenschaft künftig vermehrt gebraucht würden. Vor dem Hintergrund, dass die Stiftung Partner für Schule zusätzliche Mittel bereitstellen und das Innovationsministerium 15 % der Mittel aus dem Innovationsfonds in diese Sparte der Frauenpolitik einbringen werde, könne davon ausgegangen werden, dass sich der Etat für Frauenpolitik im Vergleich zum Vorjahr erhöhen werde.

Des Weiteren nehme sie erfreut zur Kenntnis, dass die Mittel für die Einrichtungen für Gewalt gegen Frauen erhalten blieben. Beruhigend sei für sie, dass im Laufe des Jahres keine Einrichtungen geschlossen worden seien. Dieses sollte auch zukünftig nicht geschehen.

Sie begrüße den vorgelegten Haushaltsplanentwurf und bitte darum, diesen zu unterstützen.

Gerda Kieninger (SPD) bedankt sich beim Ministerium für die Beilage 2 und die Erläuterungen zum Haushalt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Rahmen der letzten Haushaltsplanberatungen erklärt worden sei, dass diese Arbeit für die Abgeordneten nicht mehr geleistet werden solle. - **Minister Armin Laschet (MGFFI)** wirft ein, dass dies von dem Ausschusssekretariat geleistet worden sei.

Gerda Kieninger (SPD) fährt fort, die Haushaltsmittel des Ministeriums beliefen sich auf 1,2 Milliarden €, wovon jedoch weniger als 20 Millionen € explizit für die Frauenpolitik zur Verfügung stehe. Zwar begrüße sie es, dass auch in den anderen Ministerien der Bereich Frauenpolitik intensiv mitbearbeitet werde, allerdings halte sie eine gezielte Frauenförderung für sehr wichtig.

Laut Pressemitteilungen stünden im Wissenschaftsministerium 5 Millionen € für Frauenförderung zur Verfügung. Allerdings könne sie einen entsprechenden Haushaltstitel nicht finden, sondern es gebe lediglich den Bereich „Ausgaben für Forschung, Lehre, Internationales und Transfer“. Dort stehe, dass Erfolge in der Gleichstellung aus den Mitteln dieser Titelgruppe ebenfalls finanziert würden. Sie vermisse hier eine konkrete Darstellung, wie viel Geld für was ausgegeben werde. Von daher bitte sie um eine Erläuterung.

Barbara Steffens (GRÜNE) legt dar, sie könne nicht nachvollziehen, wie man sagen könne, dass Frauenpolitik immer mehr eine Querschnittsaufgabe sei. Sie habe das Gefühl, dass sich Einsparungen zulasten der Frauenpolitik quer durch den gesamten Haushalt zögen, und zwar insbesondere dort, wo man in der Vergangenheit hart gerungen habe, um Frauenansätze explizit ausgewiesen zu bekommen.

Des Weiteren könne sie nicht erkennen, dass 15 % der Mittel aus dem Innovationsfonds in die Frauenpolitik eingebracht würden. Stattdessen stehe in der Erläuterung, dass die Höhe noch nicht beziffert werden könne. Dies bedeute, dass es dieses Geld für Frauenpolitik nicht gebe.

In den Ministerien seien keine freiwilligen Aktionen als Querschnittsaufgabe im Sinne von Gender-Mainstreaming oder Frauenförderung unternommen worden. Als Beispiele verweise sie hier auf das Hochschulfreiheitsgesetz, bei dem Instrumente zur Frauenför-

derung eher abgebaut als ausgebaut worden seien. Das Gleiche gelte für den Justiz- und den Umweltbereich.

In dem zur Rede stehenden Einzelplan fehle ihr der rote Faden. Die Regionalstellen seien aus der institutionellen Förderung herausgenommen worden. Der Minister habe von Aufgaben gesprochen, die entweder erledigt seien oder auf andere Bereiche übertragen würden, zum Beispiel Überlegungen zur Berufsberatung für Frauen, was zukünftig die RAA leisten solle. Ihrer Meinung nach würden diese Aufgaben aufgrund der Abschaffung der Regionalstellen nun erst einmal im luftleeren Raum schweben.

Konkrete Aussagen fehlten insbesondere bezüglich der Ziel-2-Mittel. Insbesondere vermisse sie ein Konzept im Hinblick auf den kommenden Förderzeitraum ab 2007. Es gebe zwei Querschnittsaufgaben, nämlich Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Während das Umweltministerium bezogen auf die Nachhaltigkeit bereits einiges unternommen habe, ließen die Ideen und Kreativität des Frauenministeriums diesbezüglich zu wünschen übrig. Auch vom Wirtschaftsministerium habe sie diese Auffassung bereits vernommen. Es werde deutlich, dass sich die richtigen Ziele, die der Minister beschrieben habe, in der Umsetzung selber die Beine stellten.

Sie halte das Konzept für unstimmig und unschlüssig. Von daher erwarte sie noch eine interessante Detailberatung.

Minister Armin Laschet (MGFFI) hält die von der Abgeordneten Steffens dargelegte Kritik bezüglich der Querschnittsaufgabe Frauenpolitik für reine Spekulation. Zunächst sollte die Publikation abgewartet werden. Der Akzent des Frauenministeriums werde ebenso stark sein wie der des Umweltministeriums.

Barbara Steffens (GRÜNE) hält ihre Kritik nicht für spekulativ. Zu den Querschnittsaufgaben habe es eine Veranstaltung von Frau Ministerin Thoben in den Rheinterrassen, einige Gesprächsrunden mit den Mitarbeitern des Hauses sowie öffentliche Veranstaltungen zu der Konzeption der Gestaltung des Ziel-2-Programms gegeben. Auch die Anmeldungen, Ideen und Konzepte vom Umweltministerium lägen vor. Insofern sei dies kein Geheimnis. Demgegenüber liege aus dem Frauenministerium noch nichts vor. Stattdessen antworte das Wirtschaftsministerium immer, dass es noch nicht so viel gebe und dass die Regionalstellen nicht hätten abgeschafft werden sollen.

2 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/198

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/252

<u>In Verbindung damit:</u>